

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage sowie die damit verbundenen Impulse zur Weiterentwicklung der Altersvorsorge für die Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt. Die Debatte über dieses Thema ist von großer Bedeutung, da sie grundlegende Fragen des gesellschaftlichen Vertrauens in unsere demokratischen Institutionen sowie die faire Ausgestaltung unserer Sicherungssysteme berührt.

Eine Reform in diesem Bereich ist jedoch ein hochkomplexes Unterfangen, das weit über eine einfache Systemumstellung hinausgeht. Es gilt, die verfassungsrechtlich gebotene Unabhängigkeit des freien Mandats zu wahren und gleichzeitig sicherzustellen, dass ein Parlamentssitz für alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von ihrem persönlichen finanziellen Hintergrund – attraktiv bleibt. Jede Änderung muss zudem die Stabilität der öffentlichen Finanzen sowie den berechtigten Wunsch der Bevölkerung nach Transparenz und sozialer Gerechtigkeit berücksichtigen.

Dabei dürfen wir die folgenden Aspekte nicht außer Acht lassen:

- **Systemische Wechselwirkungen:** Reformen der Abgeordnetenentschädigung haben eine erhebliche Signalwirkung und müssen in den Gesamtkontext der nationalen Alterssicherung eingebettet sein.
- **Rechtssicherheit:** Fragen des Vertrauensschutzes für bereits erworbene Anrechnungszeiten sowie notwendige Übergangsfristen sind juristisch präzise zu prüfen.
- **Parlamentarischer Konsens:** Da Abgeordnete hier über ihre eigenen Arbeitsbedingungen entscheiden, ist eine besonders fundierte und fraktionsübergreifende Begründung erforderlich. Tragfähige Lösungen lassen sich in der Praxis meist nur durch breite Mehrheiten realisieren, was angesichts unterschiedlicher politischer Modellvorstellungen Zeit und intensive Verhandlungen beansprucht.

Gerade weil es sich um eine Entscheidung in „eigener Sache“ handelt, ist die individuelle Gewissensentscheidung jedes und jeder Abgeordneten ein hohes Gut. Dies erfordert eine sachliche und tiefgreifende Auseinandersetzung mit jeder konkreten Gesetzesvorlage.

Ich versichere Ihnen, dass ich jeden entsprechenden Entwurf, der in den kommenden Landtag eingebracht wird, mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und Sorgfalt auf seine rechtlichen, finanziellen und gesellschaftlichen Folgen hin prüfen werde. Mein Ziel ist eine verantwortungsvolle Entscheidung auf Basis einer fundierten Faktenlage. Es ist mir ein Anliegen, dass sich das neu gewählte Parlament zeitnah mit diesem Reformbedarf auseinandersetzt, um zu ausgewogenen Ergebnissen zu gelangen.

Da mir ein transparenter Austausch mit der Zivilgesellschaft wichtig ist, biete ich Ihnen gerne an, auch nach der Konstituierung des 9. Landtages zu diesem Thema mit Ihnen im Gespräch zu bleiben. Eine fundierte Entscheidungsgrundlage erfordert den Dialog über verschiedene Perspektiven, und ich schätze Ihr Engagement als wichtigen Beitrag zu dieser Debatte.

Mit freundlichen Grüßen

Yves Metzing SPD-Landtagskandidat WK 18